

Königlich Preussische Stettiner Zeitung.



Im Verlage Herrm. Gottf. Effenbart's Erben. (Inter. Redact.: A. H. G. Effenbart.)

No. 46. Mittwoch, den 16. April 1834.

Dresden, vom 7. April.

Die erste Kammer schritt in ihrer Sitzung vom 24. v. M. zur Abstimmung über den Gesetz-Entwurf wegen der gemischten Ehen. Bevor dieselbe erfolgte, richtete der Bischof Mauermann an die Regierungs-Bevollmächtigten die Frage, ob das vorliegende Gesetz auch auf die Ober-Lausitz Anwendung finden sollte? Nachdem der Staats-Minister Dr. Müller erwidert, daß dies allerdings die Absicht der Regierung sei, verzweigte sich der Bischof gegen eine Anwendbarkeit dieser Art, indem er auf mehrere Paragraphen des Gesetzes hinwies, welche der Ober-Lausitzer Kirchen-Verfassung durchaus zuwider seien und bemerkte: Von dem Hause Sachsen sei es in dem Traditionen-Recess ausdrücklich zugesichert worden, an der Ober-Lausitzer Kirchen-Verfassung keine Veränderung zu gestatten; auch habe der König von Preußen diesen Recces vollkommen anerkannt, obgleich sich in dem an Preußen gefallenem Theile der Lausitz eine katholische Pfarrei befinde, unter der nur Protestanten ständen. Der Staats-Minister Dr. Müller entgegnete: Die von dem Herrn Bischof aufgeworfene Frage sei von der Art, daß er sich jetzt darüber und hinsichtlich der deßhalb gemachten Aeußerungen einer speciellen Erwiderung enthalten zu müssen glaube. Das Gesetz wurde hierauf mit 32 gegen 3 Stimmen angenommen. Die Letzteren waren: Sr. Königl. Hoheit Prinz Johann, v. Carlowitz und Bischof Mauermann.

Braunschweig, vom 9. April.

Das größere Publikum erfährt nichts Zusammen-

hängendes über die Verhandlungen der Braunschweigschen Landstände. Öffentlichkeit der Sitzungen findet nicht statt, und sie ist allerdings durch eine, jedoch nicht bedeutende Majorität der Ständeversammlung selbst, für die Dauer dieses Landtages, abgelehnt. Doch zeigt die bisherige Wirksamkeit der Ständeversammlung hinsichtlich des Budgets von dem rebellischen Bestreben, die Lasten des Landes möglichst zu vermindern und eine Erhöhung der Steuern auf jede Weise zu verhüten. Wenn auch der gegenwärtige Landtag, dessen Kosten für 3 Jahre bekanntlich auf 38,000 Thlr. angeschlagen sind, keine Ersparung in dem Finanzwesen bewirken sollte, die jener Summe gleich käme (wovon doch, beiläufig gesagt, das direkte Gegentheil mit Bestimmtheit erwartet werden darf), so werden doch die jetzt zu bewirkenden Ersparungen großentheils auch für alle Folgezeit fortdauern, während die Kosten der Landtage für die Zukunft jedenfalls geringer werden müssen.

Wiesbaden, vom 1. April.

Von Seite Preußens ist Hr. v. Caniz, Königl. Preussischer Gesandter in Cassel, als Bevollmächtigter bei der Konferenz in Biberich ernannt, welche bekanntlich mit Sr. Durchl. dem Herzog von Nassau die wegen der Luxemburgischen Angelegenheit noch obwaltenden Schwierigkeiten zu beseitigen bestimmt ist. Die Kommissarien Oesterreichs und der Niederlande, Legationsrath v. Neumann und Staatsminister v. Reede, waren bereits in Biberich eingetroffen; Hr. v. Caniz wurde am 3. April daselbst erwartet.

